



Unterschriften für das Volksbegehren werden auf Straßen und Plätzen gesammelt, hier in der Neuköllner Karl-Marx-Straße.

**Volksbegehren:**

**Jetzt**

**BERLINER  
ENERGIETISCH**

**unterschreiben!**

*Das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ hat einen erfolgreichen Start hingelegt: Mittlerweile sind weit mehr als 10.000 Unterschriften gesammelt worden. Um die erste Stufe des Volksbegehrens zu meistern, müssen im Mai und im Juni noch einige dazu kommen.*

(Foto: DIE LINKE Neukölln)

**Jeder kann mitsammeln: In der Familie, im Freundeskreis, bei Kolleginnen und Kollegen.**

Unterschriftenlisten gibt es u.a. bei der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16. Dort können auch die ausgefüllten Listen abgegeben werden. Sammel-

termine in Neukölln: [www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine](http://www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine).

Nur wenn die Netze und Stadtwerke in öffentlicher Hand sind, das heißt Bürgerhand, ist sichergestellt, dass 100 Prozent Ökostrom aus erneuerbaren Energien erzeugt und eingespeist wird. Nur dann ist

sichergestellt, dass der Verbraucher auch wirklich das bekommt, was er möchte – 100 Prozent ÖKOSTROM.

Der Vorteil liegt in der Bürgerbeteiligung. Entscheidungen werden nicht mehr von Monopolisten wie Vattenfall getroffen, sondern von den Bürgern. Wir (!) entscheiden

dann, was eingespeist wird, welche erneuerbaren Energien gefördert werden, wie die Gewinne, die auch ein Berliner Stadtwerk erwirtschaften muss, wieder investiert werden.

**Weitere Informationen gibt es im Internet:**

<http://berliner-energietisch.net>

**In dieser Ausgabe:**

**2 „Nur Bürgerprotest wird die Verbauung des Tempelhofer Feldes verhindern“.** Ralf Körber zu den aktuellen Senats-Plänen.

**3 „Parteien, die nicht gestalten wollen, haben keinen Sinn“.** Klaus Ernst über die Piratenpartei.

**5 Gegen Entlassungen und Schikanen.** Marijam Sariaslani über den Arbeitskampf bei Maredo.

**6 Zum Tod von Youssef und Burak.** Von Thomas Licher.

## Hartz IV verfassungswidrig

**Paukenschlag vom Sozialgericht Berlin: Der Regelsatz des SGB II verstößt gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.**

Eine Neuköllner Familie hatte gegen das Jobcenter Neukölln geklagt und die 55. Kammer des Ber-

liner Sozialgerichts stellte eine Mängelliste zusammen: Willkür bei Streichungen aus dem Warenkorb, falsche Referenzgruppe für Hartz-IV-Berechnung, Mißachtung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das ist deutschlandweit der erste Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht, in dem es

um die Klärung der Verfassungsmäßigkeit der neuen Regelsatzhöhe geht. Der Beschluss des Sozialgerichts Berlin bedeutet neue Chancen für alle, die Leistungen beziehen oder deren Anträge nur ganz knapp wegen Einkommens abgelehnt worden sind.

**Ausführlich siehe Seite 8**



(Foto: KDF)

## Protesttage im Mai

**Der 1. Mai steht für den Kampf um soziale und politische Rechte.** Dieses Jahr markierte er zugleich den Beginn von globalen und regionalen Mobilisierungen gegen kapitalistische Globalisierung und autoritäre Krisenpolitik. Für den 12. und 15. Mai wurden globale Aktionstage ausgerufen. Die Frankfurter Protesttage BLOCKUPY FRANKFURT vom 16. bis 19. Mai schließen direkt daran. DIE LINKE ist bei den Mai-Protesten dabei. **Wo und wann, das lesen Sie auf Seite 3**

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Neukölln

# DIE LINKE setzt in der BVV die stärksten Inhalte

**Auf der April-Sitzung der Neuköllner BVV setzte die Fraktion der LINKEN die Themen, an denen sich eine politische Auseinandersetzung entzündete.**

Die großen Fraktionen von SPD und CDU verhalten sich nach wie vor sehr inaktiv und von ihnen ging keine einzige Anfrage zur politischen Debatte aus. Die SPD-Fraktion sprach nur solche Themen wie einen Trimm-Dich-Pfad oder ähnliches an. Die beiden Fraktionen kommen ihrer Aufgabe nicht nach, das Bezirksamt zu kontrollieren und es gibt von ihnen keinerlei Aufforderungen an das Bezirksamt zu politischem Handeln. Stattdessen wird die Mehrheit der 40 von 55 Mandaten von SPD/CDU in der BVV Neukölln dazu missbraucht, kritische Fragen an das Bezirksamt abzubügeln. Anscheinend ist Bürgermeister Buschkowsky amtsmüde und lässt von seinen Helfern aus den Fraktionen von SPD/CDU alle Anträge und An-



Vignette: Franz Zauleck

fragen von den Oppositionsfraktionen wegstimmen. Bei der von der LINKEN vorgebrachten Großen Anfrage zur Stellungnahme des Integrationsbeauftragten in der „Berliner Zeitung“ gab es eine heftige Auseinandersetzung und es zeigten sich bei SPD und CDU die üblichen bürgerlichen Vorurteile gegen Araber (siehe auch den Artikel zum Tod von Youssef und Burak auf Seite 6).

Bei einem von den Piraten initiierten gemeinsamen Antrag aller Oppositionsparteien zu „Transparenz

bei Bezirksamtssitzung“ verweigerten die Vertreter von SPD und CDU jeglichen Dialog und stimmten mit ihrer großen Mehrheit ohne Begründung gegen den Antrag. Die Fraktion der Piraten hat daraufhin aus Protest die BVV verlassen. Bisher wurden die Piraten in der Neuköllner BVV noch mit Samthandschuhen behandelt. Die LINKEN werden schon seit Beginn der Wahlperiode für ihre konsequente Politik für „Menschen mit wenig Geld“, für „Neuköllner mit Migrationshintergrund“ und gegen jede Form von Rassismus heftiger angegangen. Besonders bei dem Antrag der LINKEN zum „Marktversagen beim Winterdienst“ wurde deutlich, was für ein undemokratisches Politikverständnis in der Neuköllner BVV Einzug gefunden hat. Nicht nur, das SPD und CDU gegen das sonst übliche Verfahren den Antrag nicht in den zuständigen Ausschuss verwiesen haben, kam es bei der Abstimmung zu starken Irritationen. Nach-

dem auch von den Vertretern von SPD und CDU in der Debatte sachlich über den Inhalt diskutiert wurde, haben bei der ersten Abstimmung eine Reihe von Bezirksverordneten der SPD offenbar gegen das vorher in ihrer Fraktion abgesprochene Verhalten gestimmt. Daraufhin gab es von der Versammlungsleitung und dem Bezirksamt heftige Handzeichen und nach langem hin und her wurde der Antrag bei der zweiten Abstimmung dann wie vom Bezirksamt gewünscht abgelehnt.

Von der Fraktion DIE LINKE beantragt, wurde noch über drei große Anfragen zu „Pfleagemangel bei Grünflächen“, „Frühzeitig fördern“ (beim Bildungs- und Teilhabepaket) und zur „Wohnungssituation in Neukölln“ gesprochen. Dabei zeigte die Aussage des sozialdemokratischen Baustadtrats die mangelnde Bereitschaft des Bezirksamtes, einen aktiven Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot in Neukölln zu leisten. RO

## „Nur Bürgerprotest wird die Verbauung des Tempelhofer Feldes verhindern.“

**Am 15. April wurde auf dem Tempelhofer Feld die aktuelle Planung des schottischen Büros GROOS MAX vorgestellt. Ergebnis der aktuellen Planung ist die Schrumpfung der Freifläche von ursprünglich 386 ha auf 240 ha.**

Daran sollen die Bürger nichts mehr ändern können. Obwohl das Tempelhofer Feld seit der Öffnung als Naherholungsgebiet inmitten der Großstadt für Sport, zum Picknick, Grillen und anderen Freizeitgestaltungen vielfältig genutzt wird. Dieser historische Ort ist als Lebensraum für Tiere und Pflanzen unermesslich wertvoll und weltweit einmalig. Besonders beeindruckend ist die unbeschreibliche Weite. Keine andere Metropole hat Vergleichbares. Diese einzigartige Freifläche wird durch die Pläne des Senats akut bedroht! Sie bedeuten eine systematische Zerstörung durch Privatisierung, Bebauung und Umgestaltung in Gewöhnlichkeiten.

Alle Pläne des Senats sind mit enormen Kosten verbunden. Allein für die 2017 geplante Internationale Gartenausstellung (IGA) sind Verluste von 13,5 Mio. Euro eingeplant. Das IGA-Schaugelände soll auf einer Fläche von 107 ha entstehen, die

IGA-Erweiterungskulisse auf 143 ha. Bei den schon eingepplanten Verlusten ist zu befürchten, dass das IGA-Schaugelände, wie beim BUGA-Gelände in Britz auch danach nur mit Eintritt besucht werden darf.

Aber nicht nur für die IGA werden Steuergelder verschwendet, auch zur Bewirtschaftung und Entwicklung des Tempelhofer Feldes wurde durch das Land Berlin ein Träger (die Tempelhof Projekt GmbH) eingesetzt. Dieser Träger erhält Zuschüsse zur Durchführung von städtebaulichen Wettbewerben und Erschließungsmaßnahmen. Diese sollen private Investoren für Wohnbauten und Gewerbebauten in den Randbereichen des Tempelhofer Feldes finden.

Diese Vorleistungen für die Entwicklung der Baufelder und der Herrichtung eines attraktiven Vorfeldes (Internationale Gartenbauausstellung mit IGA-Park) belasten den Haushalt des Landes Berlin mit rd. 170 Mio. Euro.

Zusätzlich ist am Tempelhofer Damm der Neubau der Zentralen Landesbibliothek (ZLB) mit Kosten von 270 Mio. Euro geplant. Dagegen steht das Flughafengebäude in weiten Teilen leer.

Der Senat wünscht keine Nachfragen, die sich auf ein internes Gutachten beziehen, aus dem hervorgehen könnte: Die Integration der Landesbibliothek in das Flughafengebäude spart dauerhaft Kosten.

Aus diesem Grund wurde im September 2011 die Bürgerinitiative (BI) „100% Tempelhofer Feld“ ge-

gründet. Nur Bürgerprotest wird die Verbauung des Tempelhofer Feldes verhindern. Mit einem Volksbegehren soll das Feld erhalten und Zerstörung, Privatisierung und Kostenlawinen der Senatspläne gestoppt werden.

*Ralf Körber*  
Mehr zur Bürgerinitiative:  
[www.tempelhoferfeld100.de](http://www.tempelhoferfeld100.de)

**Einladung der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln**

**Tempelhofer Feld für Alle - statt interessengeleitete Senatsplanungen**  
**am Mittwoch, 30. Mai, um 19 Uhr im Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, Köln-Zimmer (A 104)**

*Wir wollen zusammen mit Ihnen Strategien für ein Gegenkonzept besprechen. Nach dem Motto: Finger weg von Berlins schönstem Freigelände!*

*Eingeladen sind Vertreter der LINKEN in den Bezirksverordnetenversammlungen von Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg. Auch in diesen Bezirken wird das für Gartenbau- und Bauausstellung veranschlagte Geld für Wichtigeres gebraucht. Mitreden wird Katrin Lompscher (Baupolitische Sprecherin der linken Abgeordnetenhausfraktion). Ebenso eingeladen sind die Bürgerinitiative 100%, die ein Volksbegehren gegen jede Bebauung des Tempelhofer Feldes vorbereitet sowie Befürworter eines alternativen Gedenkstättenentwurfes und Geschichtsbildes. Schließlich soll für eine Landesbibliothek im Flughafengebäude statt auf dem Feld geworben werden.*



# Protest gegen Bankenmacht und Spardiktat



**DIE LINKE ruft zur Teilnahme an den Protesten gegen Bankenmacht und Spardiktat auf.**

Während die Bundesregierung in ganz Europa ein verheerendes Spardiktat durchsetzt, steigen die Börsenkurse der Banken. Während europaweit die Milliardäre und Millionäre immer reicher werden, explodiert die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien auf über 50 Prozent. Ende Mai soll der Bundestag über den sogenannten Fiskalpakt beschließen, der für die Mehrheit der Bevölkerung überall in Europa mehr Sozialabbau und weniger Demokratie bedeutet. Es ist Zeit zu handeln: Gemeinsam mit Attac,

Gewerkschaftsgliederungen und vielen weiteren Bündnispartnern wollen wir unsere Wut über diese Ungerechtigkeiten und unsere Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaft in die Öffentlichkeit tragen:

Erstens, am Sonnabend, 12. Mai, wird anlässlich des Jahrestages der Occupy-Bewegung ein Sternmarsch zum Roten Rathaus vorbe-

reitet. DIE LINKE Neukölln beteiligt sich am Demonstrationszug, der um 14 Uhr von der Kottbusser Brücke startet (U8 Schönleinstraße).

Zweitens, unter dem Motto „Bloccupy Frankfurt!“ wird es vom 16. bis zum 19. Mai Diskussionsveranstaltungen, Konzerte, Kundgebungen, Blockaden und am Sonnabend eine große Demonstration

geben. Von Berlin aus fahren Busse. Wer das ganze Wochenende teilnehmen möchte, startet am Mittwochabend, wer nur zur Demonstration will, fährt am Freitagabend los. Hin- und Rückfahrt kosten 40 Euro. Wer in Frankfurt dabei sein will, melde sich bitte bei Werner Halbauer unter [werner.halbauer@die-linke-neukoelln.de](mailto:werner.halbauer@die-linke-neukoelln.de). **RL**

*Gewerkschafter demonstrierten am 1. Mai gegen die so genannte Schuldenbremse, den „Europäischen Stabilitäts-Mechanismus“ und den „Fiskalpakt“ – Schlagworte als Mogelpackung.*

## „Parteien, die nicht gestalten wollen, haben keinen Sinn“

**Von Klaus Ernst, Vorsitzender der Partei DIE LINKE**

**Mein Schlüsselerlebnis mit den Piraten fand auf einer Podiumsdiskussion statt.**

Dort sagte der Chef der Piraten, Sebastian Nerz, es sei nicht die Aufgabe von Politik, Gesellschaft zu gestalten. Dieser Satz erklärt vieles von der inhaltlichen Unbestimmtheit, mit der die Piraten gegenwärtig durch die politische Landschaft segeln. Was Herr Nerz da sagt, heißt ja, es ist kein Zufall, dass niemand weiß, was die Piraten wollen, sondern Absicht. Dennoch sind wir gut beraten, den Erfolg dieser Formation ernst zu nehmen, weil er ein Warnsignal für die Parteienverdrossenheit in der Bevölkerung ist. Der Erfolg der Piraten ist darauf zurück zu führen, dass in den Parlamenten ständig eine Mehrheit gegen den Willen der Mehrheit in der Bevölkerung entscheidet. Und wenn dann noch eine Partei wie DIE LINKE durch permanente Personaldebatten dafür sorgt, dass ihre durchaus konkreten Alternativen zu den Zumutungen des Finanzmarktkapitalismus kaum noch wahrgenommen werden, dann wird der Raum für eine neue Formation

des Protests natürlich frei. Dennoch halte ich daran fest: Eine Partei, die dauerhaft Kräfteverhältnisse ändern will, muss einen über ihre schiere Existenz hinausgehenden Sinn haben. Für die Piraten wie für alle anderen Parteien gilt: Personalquerelen und Selbstbeschäftigung sind Ersatzhandlungen für die solidarische Verständigung über den eigenen Kurs.

Ich habe nicht vor, den Piraten öffentlich Ratschläge zu geben, die immer auch Schläge sind und beschreibe die Sinnfrage deshalb am Beispiel unserer Partei. DIE LINKE hat den Sinn, für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie einzutreten. Unser Erfolgskriterium ist, ob es uns gelingt, die Lebensverhältnisse von Arbeitnehmer/-innen, Rentner/-innen, Erwerbslosen, Kleinunternehmer/-innen und ihrer Familien positiv zu verändern. Im Rahmen dieses Konsenses befindet sich unsere Partei mitten in einem Prozess der strategischen Verständigung über ihren Kurs. Viele erwarten vom Göttinger Parteitag einen neuen Aufbruch für DIE LINKE und projizieren diese Erwartung auf die Frage, wer

die Partei führt. Ein neuer Aufbruch beginnt aber mit einer Idee davon, warum es im Zeitalter der Umbrüche, die auf das Scheitern des Neoliberalismus folgen, eigentlich eine LINKE geben muss.

Die globale Banken- und Wirtschaftskrise entfaltet mittelfristig für die Weltgesellschaft keinen geringeren Veränderungsdruck als die Atomkatastrophe von Fukushima, weil sie im selben Maß die Folgen einer falschen Form des Wirtschaftens, Arbeitens und Verteilens vor Augen führt. Zentral ist die Erkenntnis, dass die europäische Bankenkrise in einen fundamentalen Angriff auf Demokratie und Sozialstaatlichkeit in Europa mündet, der die Lebenschancen der Mehrheit bedroht, und die Chancen dieser Mehrheit, ihren Interessen im politischen Raum Geltung zu verschaffen entscheidend beschneidet. Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung. DIE LINKE behält in dieser Situation ihre Existenzberechtigung nur als das, was sie von Anfang an war: als antineoliberale Sammlungsbewegung, die sich als Motor und Multi-

plikator der sozialen Interessen und Kämpfe dieser Mehrheit begreift. Diese Haltung ermöglicht es uns, in der Tradition der europäischen Arbeiter/-innenbewegung ein einfaches Programm der Krisenabwehr für die Mehrheit zu formulieren: Nein zu Lohnkürzungen, Nein zu Rentenkürzungen, Nein zur Kürzung von Sozialleistungen, Nein zur Macht der Banken über die Staaten! Ja zu gerechten Löhnen, Ja zu armutsfesten Renten, Ja zu höheren Steuern für Reiche, kurzum: Ja zu einem Europa, in dem die Mehrheit wieder den aufrechten Gang erlernt! Ein neuer Aufbruch für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für Frieden und Demokratie liegt vor uns. Auf geht's!

P.S.: Und über die Piraten reden wir wieder, wenn wir wissen, ob ihre Flotte in diese Richtung segeln.

*Klaus Ernst hatte diese Kolumne ursprünglich für die Zeitung „Neues Deutschland“ geschrieben. Dort wurde der Beitrag abgelehnt. Wir dokumentieren den Text für die Debatte.*



Neuköllner LINKE auf Entdeckungstour in der elsässischen Metropole.



Die futuristisch anmutenden Bauten der Europäischen Union prägen das „neue“ Strasbourg.



Sabine Wils erläutert die Arbeit der LINKEN im Europaparlament.

(Fotos: DIE LINKE Neukölln)

# Neuköllner LINKE besuchten Europaparlament in Strasbourg

Die Europa-Abgeordnete Sabine Wils hatte eingeladen, die Arbeit im europäischen Parlament vor Ort kennenzulernen. Sie gehört gemeinsam mit den anderen LINKEN Abgeordneten aus Deutschland zur Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke.

Mitglieder der Neuköllner LINKEN, darunter auch „Neumitglieder“ nahmen das Angebot gern an. Hier ein kurzer Reisebericht: Um 8.25 Uhr Abfahrt von Berlin nach Strasbourg.

Nach drei kurzen Pausen sind wir um zirka 18.30 Uhr angekommen. Das Abendbrot war gut und reichlich. Am ersten Abend besuchte uns bereits Sabine Wils. Sie arbeitet im Umweltausschuss und im Gesundheitsausschuss sowie im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Aktuell setzt sie sich für ein Nachtflugverbot ein: „Fluglärm macht krank! Wir brauchen ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 06 Uhr. Bereits heute ist die Fluglärmbelastung in Wohngebieten enorm und muss reduziert statt ausgeweitet werden“.

Nächster Tag: Um 8.00 Uhr gab es Frühstück, dann ab nach Strasbourg. Stadtführung mit historischem Hintergrund von einer hier heimischen Elsässerin. Wir besichtigten zu Fuß die Altstadt. Das alte Handwerk ist nicht ausgestorben und die in verschiedenen Stilen gebauten Häuser sind sehr gut erhalten. Eindrucksvoll war der Besuch im Münster. Zu Mittag haben die meisten den berühmten Klassiker Elsässer Flammkuchen, original im Holzofen gebacken, gegessen.

Unsere Gruppe bestand nicht nur aus Menschen der Partei DIE LINKE,

sondern zum großen Teil waren Leute dabei aus Betriebs- und Personalräten, die besonders an den Fragen interessiert waren, die sich auf ihre betriebliche Situation auswirken.

Am späten Nachmittag um 17.00 Uhr waren wir dann im Europaparlament. Es gab eine Einführung über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Europaparlaments sowie das Verhältnis zu den anderen EU-Institutionen wie Rat und Kommission.

Franziska Lorenz-Hoffmann

Informationen gibt es im Internet unter: [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

## Termine: DIE LINKE.Neukölln

### Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE Neukölln

Die Bezirksmitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten zum Landesparteitag und zum Landesausschuss findet statt am **Montag, 7.5.2012, von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr** in der Richard-Schule (Richardplatz 14, 12055 Berlin). Der Bezirksvorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung,
2. Diskussion: Wie weiter mit der Linken in Berlin?
3. Wahl eines Delegierten und eines Ersatzdelegierten für den Landesausschuss,
4. Wahlen von Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesparteitag,
5. Termine und Ankündigungen.

### Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

**Donnerstag, 10.5.2012, 19 Uhr**  
**Donnerstag, 24.5.2012, 19 Uhr**  
**Donnerstag, 7.6.2012, 19 Uhr**  
**Donnerstag, 21.6.2012, 19 Uhr**  
 DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Hermannstraße

**Mittwoch, 9.5.2012, 19 Uhr**  
 Thema: „Finanzkrise in Europa: Auswirkungen und Gegenwehr“  
**Mittwoch, 23.5.2012, 19 Uhr**  
**Mittwoch, 13.6.2012, 19 Uhr**  
**Mittwoch, 27.6.2012, 19 Uhr**  
 Treffen der Basisorganisation, DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Reuterkietz

**im Mai und Juni:** gemeinsame Versammlungen mit der Basisorganisation Rixdorf

### BO Rixdorf

**Donnerstag, 3.5.2012, 19 Uhr**  
 Thema: „Finanzkrise in Europa: Auswirkungen und Gegenwehr“  
**Donnerstag, 31.5.2012, 19 Uhr**  
 Thema: „Netzpolitik aus sozialistischer Sicht“/Vorbereitung Bundesparteitag der LINKEN  
**Donnerstag, 14.6.2012, 19 Uhr**  
**Donnerstag, 28.6.2012, 19 Uhr**  
 Versammlungen der Basisorganisation Rixdorf.  
 DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Süd

**im Mai und Juni:** gemeinsame Versammlungen mit der Basisorganisation Hermannstraße

### AG Hartz IV

**Mittwoch, 9.5.2012, 17.30 Uhr**  
**Mittwoch, 13.6.2012, 17.30 Uhr**  
 DIE LINKE, Richardplatz 16

### Kostenlose Hartz-IV-Beratung

**Mittwoch, 9.5.2012, 14 bis 16 Uhr**  
**Mittwoch, 23.5.2012, 14 bis 16 Uhr**  
**Mittwoch, 13.6.2012, 14 bis 16 Uhr**  
 (siehe auch Information auf Seite 8)  
 DIE LINKE, Richardplatz 16

### BVV-Fraktion DIE LINKE

**Fraktionssitzungen** (öffentlich)  
**Montag, 14.5.2012, 17.30 Uhr,**  
**Montag, 21.5.2012, 17.30 Uhr,**

**Mai-Sitzung der BVV**  
**Mittwoch, 23.5.2012 um 17 Uhr,**  
 Sitzungssaal des Rathauses.

**Fraktionssitzungen** (öffentlich)  
**Montag, 4.6.2012, 17.30 Uhr,**  
**Montag, 11.6.2012, 17.30 Uhr,**

**Juni-Sitzung der BVV**  
**Mittwoch, 13.6.2012 um 17 Uhr,**  
 Sitzungssaal des Rathauses.

### Einladung der BVV-Fraktion DIE LINKE

**Mittwoch, 30.5.2012, 19 Uhr**  
 Thema: „Tempelhofer Feld für Alle - statt interessengeleitete Senatsplanungen“ (siehe auch Seite 2)  
 Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, Köln-Zimmer (A 104)

### Politisches Sommerkino in Neukölln

**Freitag, 25.5.2012, 19 Uhr**  
 Film: „Orang-Utans müssen leben“  
**Freitag, 29.6.2012, 19 Uhr**  
 Film: „Zum Beispiel Montareto“  
 DIE LINKE, Richardplatz 16 (siehe S. 6)

### Erwerbsloseninitiative Neukölln

**Dienstag, 15.5.2012, 11 bis 14 Uhr**  
 Erwerbslosenfrühstück  
 DIE LINKE, Richardplatz 16

Weitere Termine im Internet:  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

**Bitte beachten: Im Mai geänderte Öffnungszeiten unseres Ladenlokals am Richardplatz 16**  
 montags, dienstags, mittwochs 16 bis 18.30 Uhr und donnerstags 14 bis 18.30 Uhr.



# Betongold in Nord-Neukölln

**Kaum ein Thema bewegt die Neuköllner Gemüter ähnlich stark wie das Thema „Miete“, stellt die Zeitung des Quartiersmanagements Ganghoferstraße fest.**

In einem ausführlichen Bericht kommt M. Hühn zu dem Ergebnis, dass dies nicht nur gefühlt ist, „in den letzten zwei bis drei Jahren hat sich viel auf dem Wohnungsmarkt getan und das meiste rufe bei Mietern vor allem eins wach: Angst.“ Momentan gehöre der Wohnungs- und Immobilienmarkt in

Neukölln zu den attraktivsten der Stadt. Viele Mieter aus Mitte, Prenzlauer Berg und Kreuzberg flüchteten in den Neuköllner Norden. Damit verspreche auch diese Gegend zukünftig deutliche Wertsteigerungen im Immobiliensektor. Bei Wohnungsbesichtigungen stünden nicht selten 80 bis 100 Interessenten vor der Tür. Wohnungen würden zu deutlich höheren Quadratmeterpreisen vermietet als früher. „Wer umziehen will oder muss, wird nur noch mit viel Glück eine geeignete, bezahlbare Wohnung im Kiez fin-

den“, benennt Hühn die Konsequenz. Wohnungen würden knapp, das habe dazu geführt, dass zunehmend Kapitalanleger und Fondsgesellschaften Häuser in Nord-Neukölln kaufen. Nach Schätzungen des Berliner Mietervereins halten sie mittlerweile 20 bis 30 Prozent der Immobilien. Der größte Anteil, etwa 60 Prozent, ist im Besitz von Einzeleigentümern, der Rest wird von landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften wie Stadt und Land oder Wohnungsgenossenschaften gehalten.

DIE LINKE Neukölln ist der Meinung, dass es dringend erforderlich ist, den Mieterschutz zu erweitern, insbesondere bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Die im vergangenen Jahr für Nord-Neukölln von sieben auf drei Jahre verkürzten Schutzfristen bei Wohnungsumwandlungen müssen wieder hergestellt werden. Dafür ist eine entsprechende Verordnung des Senats notwendig. *KDH*

Informationen des QM Ganghoferstraße: [www.qm-ganghofer.de](http://www.qm-ganghofer.de)

## Arbeitskampf bei Maredo: Gegen Entlassungen und Schikanen

**Um auf die skandalösen Machenschaften von Maredo aufmerksam zu machen und ihre Solidarität auszudrücken gingen am 28. April bundesweit Betroffene und Sympathisanten vor Maredo-Filialen.**

Sie sprachen mit Passanten und sammelten Solidaritäts-Unterschriften. DIE LINKE Neukölln beteiligte sich an dieser Aktion und konnte vor der Maredo-Filiale auf dem Ku'damm mehrere hundert Flugblätter verteilen und Unterschriften als Zeichen der Solidarität sammeln. Seit Monaten schon laufen bei der Steakhaus-

Kette Maredo in Frankfurt und Os-nabrück Arbeitskämpfe: Die Geschäftsleitung will mit mafia-ähnlichen Methoden langjährige Betriebsräte zerschlagen, gewerkschaftliche Organisation vernichten und MitarbeiterInnen mit zum Teil langen Dienstzeiten und festen Arbeitsverträgen durch neue, befristete Arbeitsverhältnisse ersetzen.



(Fotos: DIE LINKE Neukölln)

Neuköllner LINKE unterstützten die Info-Aktion der Maredo-Kollegen.

So wurde zum Beispiel in Frankfurt 29 von 34 MitarbeiterInnen Diebstahl und Betrug unterstellt, um sie kündigen zu können.

Für die Geschäftsleitung bedeutet das, dass sie neue Leute einstellen kann, und zwar mit befristeten Arbeitsverträgen und zu niedrigeren Löhnen. Befristung von Arbeit heißt für die Beschäftigten oftmals, dass

sie sich nicht trauen, auf die Einhaltung ihrer sonstigen vertraglichen Rechte zu bestehen. So soll von Beginn an verhindert werden, dass neue Betriebsräte entstehen. Maredo ist insofern auch beispielhaft für einen allgemeinen Trend zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und zum Lohndumping.

*Marijam Sariaslani*

## DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht: Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

**Nimm Kontakt zu uns auf:**

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE Neukölln, 0176 296 492 75, [ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE Neukölln, 0178 851 28 71 [irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:  
DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon: .....



Auf der Kundgebung vor dem Rathaus Neukölln am 23. März rief Imam Ferid Heider zu Toleranz und friedlichem Zusammenleben auf.

Foto: KDH

**Mit großem Bestürzen habe ich im März vom Tod von Yusef und im April von den tödlichen Schüssen auf Burak gehört und bin tief betroffen. Obwohl ich sie beide persönlich nicht kannte, geht mir ihr Tod sehr nahe. Was sind die Ursachen für die brutale Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund in Neukölln?**

Wie kein anderer hat Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ die Bevölkerung in Deutschland gespalten und hat rechte und ausländerfeindliche Parolen bis in die Mitte der Gesellschaft getragen und wieder hoffähig gemacht. Jetzt ist die böse Saat von Sarrazin aufgegangen und innerhalb von kurzer

Zeit sind zwei junge Migranten aus Neukölln zu Tode gekommen. Unabhängig von dem Ergebnis der Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft sind sowohl die türkischen und arabischen Neuköllner als auch die deutsche Bevölkerung sehr verunsichert und in Sorge, wie sich dieses weiterentwickelt. Hier wäre ein Zeichen der Solidarität des Neuköllner Bezirksamts mit den Betroffenen dringend notwendig und der Bürgermeister ist gefordert. Während Heinz Buschkowsky bekanntlich keine Talkshow auslässt und zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit seine Meinung zur Integrationspolitik von sich gibt, war er auf der Demonstration vom Deutsch-Arabischen Zentrum am 23. März vor dem Rathaus Neukölln

bedauerlicherweise verhindert. Aber bei der Integrationspolitik geht es nicht nur darum, den Migranten permanent kritische Worte zu sagen, sondern in so einer schweren Situation den Familien der Opfer beizustehen und den Menschen mit türkischen und arabischen Wurzeln die Gewissheit zu geben, dass sie zu Neukölln gehören und ihre Sorgen und Ängste ernst genommen werden.

Während sich die Familien der Getöteten vorbildlich verhalten haben und gegen jegliche Form von „Rache“ eingetreten sind und die Mutter auf der Kundgebung vor dem Rathaus von den Behörden für ihren Sohn Gerechtigkeit gefordert hat, hat der Neuköllner Integrationsbeauftragte in der aufgeheizten Situa-

tion nichts Besseres zu tun, als in der Berliner Zeitung vom 17. März arabische Familien unter Generalverdacht zu stellen. In der Bezirksverordnetenversammlung vom 25. April hat sich der Bürgermeister hinter die Aussage seines Mitarbeiters gestellt und sich – trotz der zwei toten Männer – gegen die arabische Bevölkerung positioniert. Diese Art von Politik ist nicht geeignet, um das friedliche Miteinander in Neukölln zu fördern. Aber man braucht sich über diese Politik nicht wundern. Im Wahlkampf hatte Heinz Buschkowsky eine persönliche Wahlkampfspende von 5000 Euro von Thilo Sarrazin angenommen.

Thomas Licher  
Migrationspolitischer Sprecher der  
LINKEN BVV-Fraktion Neukölln

## Kraft eines Liedes

**Lillebjørn Nilsen – Kinder des Regenbogens**

Seit Mitte April steht Anders Breivik wegen der 77 Morde, die er in Norwegen im Juli letzten Jahres begangen hat, in Oslo vor Gericht.

Am Freitag, den 20. April, sagte er, „Kinder des Regenbogens“, ein in Norwegen seit Jahrzehnten sehr beliebtes Kinderlied sei das beste Beispiel für marxistische Gehirnwäsche. Breivik plädiert auf nicht schuldig. Er habe aus Notwehr gehandelt, weil Norwegen von Multikulti-Marxisten und Islamisten bedroht sei. Wie harmlos das Lied ist, davon kann sich jeder selbst überzeugen (siehe Liedtext).

Zwei Frauen starteten daraufhin einen Facebook-Aufruf. Möglichst viele NorwegerInnen sollten das

Lied gemeinsam singen. Sie wollten ein Zeichen setzen. Am 26. April sangen dann tatsächlich 40.000 in Oslo und gleichzeitig weitere Menschen in vielen anderen norwegischen Städten. Vor dem gemeinsamen Singen hielt Trond Henry Blattmann, der Sprecher der Angehörigen der Opfer, eine kurze Rede. Breivik tötete seinen Sohn. Unter anderem sagte Blattmann: „Wir stehen hier für die Werte, für die unsere Lieben starben: ein warmes und einschließendes demokratisches Norwegen.“ Die NorwegerInnen reagieren wieder einmal auf den Terror durch ein Zusammenrücken in Solidarität.

Georg Brzoska,  
der auch den Text des Liedes aus dem Norwegischen übersetzt hat.

**Ein Himmel voller Sterne.  
Blaues Meer soweit das Auge reicht.  
Ein Land, wo die Blumen wachsen.  
Kannst du dir mehr wünschen?  
Gemeinsam sollen wir leben  
Jede Schwester und jeder Bruder.  
Kleine Kinder des Regenbogens  
und eine fruchtbare Erde.**

**Einige glauben, es hat keinen Sinn.  
Andere vergeuden die Zeit durch Gerede.  
Einige glauben, dass wir von Plastik und  
synthetischen Lebensmitteln leben können.  
Und einige stehlen von den jungen,  
die hinaus geschickt werden, um zu kämpfen.  
Einige stehlen von den vielen,  
die nach uns kommen.**

**Refrain:  
Sage es allen Kindern!  
Und sage es jedem Vater und jeder Mutter:  
Noch haben wir eine Chance  
eine Hoffnung auf der Erde zu teilen.**

# Das rote Neukölln

## Veranstaltungsreihe im Mai und Juni in der Galerie Olga Benario

**Kämpfe und Reformen 1918 – 1933 in Neukölln stehen im Mittelpunkt der Ausstellung, die am 10. Mai in der Galerie Olga Benario eröffnet wird.**

Mit seinen sozialen Reformen im Bildungsbereich, in der Gesundheits- und Wohnungspolitik wurde Neukölln in den 1920er Jahren berühmt. Ergebnisse linker Reformpolitik durch eine Mehrheit von SPD und KPD.

Während der Aktion „48 Stunden Neukölln“ lädt die Galerie unter dem Motto „Aufbruch in Neukölln“ zu einer historischen Spurensuche zu Olga Benario und den 1920er Jahren ein. Die Führung mit Claudia v. Gélieu/Frauentouren beginnt am 16. Juni um 15 Uhr. Um 17 Uhr wird

dann ein Film von Studenten der Publizistik an der FU aus dem Jahr 1987 gezeigt: „Die Richardstraße“. Über „Meilensteine Neuköllner Schulreformen in der Weimarer Republik“ berichtet Hanna Tomkins, eine Rütli-Schülerin, am 21. Juni um 19.30 Uhr. Rudolf Rogler stellt Reformpädagogen vor und gibt einen Kurz-Überblick.

Aktuelle Probleme Neukölln greift ein Vortrag von Andrej Holm bereits am 24. Mai um 19.30 Uhr auf: „Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Das Beispiel Neukölln“.

Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, 12043 Berlin. Weitere Informationen: [www.galerie-olga-benario.de](http://www.galerie-olga-benario.de)



Foto: KGH

Zur Ausstellungseröffnung findet am 10. Mai um 19.30 Uhr ein Gespräch mit Werner Gutsche statt, Zeitzeuge und Chronist. Unser Foto zeigt ihn bei einem Stadtrundgang zu Orten der Auseinandersetzung beim Neuköllner Blutmai im Jahr 1929.

## Politisches Sommerkino bei der Neuköllner LINKEN

**Nach dem Erfolg im vergangenen Jahr veranstaltet die Neuköllner LINKE bis September wieder das Politische Sommerkino.**

**Freitag, 25. Mai:**

**„Orang Utans sollen leben“**

Was hat mein Schokoladeneis mit Orang-Utans zu tun? Dieser Kinderfilm entführt uns nach

Borneo. Den unendlichen Urwald, gibt es nicht mehr. Er wurde abgeholzt für Palmölplantagen. Weil in Europa immer mehr Palmöl verlangt wird – zum Beispiel für Lebensmittel oder als „umweltfreundlichen Kraftstoff“. Aber wir können etwas tun, damit nicht auch die letzten Orang-Utans ihren Lebensraum verlieren.

**Freitag, 29. Juni:**

**„Zum Beispiel Montaretto“**

Montaretto, ein Dorf an der ligurischen Küste wurde schon immer 'Klein-Russland' genannt. Die 200 Dorfbewohner bezeichnen sich selbst bis heute ganz unverhohlen als Kommunisten. Dieses Dorf scheint aus der Zeit gefallen zu sein. Yasmin Khalifa und Farhad Payar haben ein

liebevolleres Porträt über eine der letzten Bastionen der italienischen Linken gedreht. Ein kurzweiliger, unterhaltsamer Film und ein gleichermaßen hintergründiger Beitrag über ein Leben als Utopie.

Die Filmabende beginnen jeweils um 19 Uhr bei der LINKEN am Richardplatz 16. Der Eintritt ist frei.

## Ein Feindbild, das uns alle betrifft

**Selbst in Neukölln wirkt die vorherrschende antimuslimische Propaganda. Der jüngste Anschlag auf die Sehlik-Moschee am Columbiadamm liefert davon ein trauriges Zeugnis.**

Mit den Hintergründen beschäftigt sich „Der Islam – Schrecken des Abendlands. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert“ von Werner



Ruf. Darin liefert der Autor für die Auseinandersetzung mit neuen und eingefahrenen Vorurteilen unverzichtbare Argumente. In einem eigenen Kapitel entlarvt

Ruf das Gefasel von einem christlich-jüdischen Erbe Europas als Geschichtsklitterung. Auch über die historische Bedeutung des Islam erfährt man viel, was nicht ins Klischee der „Islamkritiker“ passt. So entdeckte das „aufgeklärte“ Abendland die griechische Philosophie erst wieder durch die Arbeiten islamischer Gelehrter. Ebenso spannend sind die Kapitel „Die extreme Rechte entdeckt die Freundschaft zu Israel“, „Antisemitismus und Islamophobie: Zwei Seiten einer Medaille?“ und „Islamhetze und ihre Akteure“. Ruf weist nach, wie die Ideologen des Feindbilds Islam das missionarisch-rassistische Sendungsbewusstsein des Kolonialismus beerben. „Gerade der Imperialismus proklamierte nicht Herrschaft und Ausbeutung, sondern

präsentierte sich als moralische Pflicht“. Dies geschehe erneut mit der „Erfindung des ‚Kampfes der Kulturen‘, in dem ‚der Islam‘ stellvertretend für die Bedrohung durch ‚die Anderen‘ aus der vormaligen Dritten Welt zu stehen scheint. ‚Dem Westen‘, der mit 12 Prozent der Weltbevölkerung über 80 Prozent der globalen Ressourcen verbraucht, steht ‚der Rest‘ der Menschen gegenüber.“ Dieser ‚Rest‘ werde zu Fanatikern und Terroristen umdefiniert, der menschlichen Eigenschaften von Humanität und Rationalität und damit der Menschenwürde entkleidet. „Dann sind alle Mittel legitim: Die Kriegführung mit Massenvernichtungswaffen, (...) bestialische Folter und sexuelle Erniedrigung, die speziell auf kulturelle und/oder religiöse Tabus

ausgerichtet sind.“ Anschaulich und faktenreich widerlegt Werner Ruf so die Vorstellungen über „den“ Islam und „die“ Muslime. Besonders wertvoll finde ich, dass er nachweist, wie sehr das herrschende Zerrbild vom Islam uns alle betrifft, indem es dazu dient, „die Folgen der neoliberalen Unordnung zu verschleiern und soziale und politische Rechte abzubauen.“

Irmgard Wurdack

Werner Ruf, *Der Islam – Schrecken des Abendlands. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert*, PapyRossa, Köln 2012, 129 Seiten, 9,90 Euro

Werner Ruf ist emeritierter Professor für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel und Friedensforscher.



## Neu-Köllnisches

Mai/Juni 2012

Neu-Köllnisches wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin  
Auflage dieser Ausgabe: 2.500  
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:  
DIE LINKE, Neukölln,  
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,  
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 2.5.2012  
Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 25.6.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

15. Juni  
bis  
17. Juni  
2012



Informationen unter:

[www.48-stunden-neukoelln.de](http://www.48-stunden-neukoelln.de)

## Neuköllner Familie klagte gegen Jobcenter Neukölln:

# Hartz IV verfassungswidrig Regelsatz zu niedrig

**Nach Auffassung des Sozialgerichts Berlin verstoßen die Leistungen des SGB II gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.**

Die Kammer hat daher dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Verfassungswidrigkeit des SGB-II-Regelbedarfs zur Prüfung vorgelegt (Beschluss vom 25. April, AZ. S 55 AS 9238/12).

Eine Familie aus Neukölln hatte gegen das Jobcenter Berlin-Neukölln wegen der Höhe der ab Januar 2011 bewilligten Leistungen geklagt, weil sie mit dem bewilligten ALG II ihre Ausgaben nicht decken könnten. Trotz größter Sparsamkeit müssten sie regelmäßig ihren Dispokredit und Privatdarlehen in Anspruch nehmen.

Das Sozialgericht sieht massive Mängel des Gesetzgebers. Die Referenzgruppe (untere 15 Prozent der Alleinstehenden), anhand deren Verbrauchs die Bedarfe für Erwachsene ermittelt worden sind, sei fehlerhaft bestimmt worden. Die im Anschluss an die statistische Bedarfsermittlung vorgenommenen Kürzungen einzelner Positionen (Ausgaben für Verkehr, alkoholische Getränke, Mahlzeiten in Gaststätten und Kantinen, Schnittblumen usw.) seien ungerechtfertigt. Insbesondere habe der Gesetzgeber dabei den Aspekt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unzureichend gewürdigt.

Bereits die Auswahl der unteren 15 Prozent der Alleinstehenden als Referenzgruppe sei willkürlich er-

folgt. Es sei nicht begründet worden, wie aus dem Ausgabeverhalten dieser Gruppe auf eine Bedarfsdeckung der Leistungsberechtigten geschlossen werden könne. Die Referenzgruppe enthalte unter anderem auch Haushalte von „Aufstieckern“ sowie Studenten im BAföG-Bezug und Fälle „versteckter Armut“. Der Gesetzgeber verkenne, dass das Existenzminimum auch die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen zu ermöglichen habe. Im Übrigen sei bei einem derart „auf Kante genähten“ Regelbedarf das Statistikmodell seiner Legitimation beraubt.

Urteil im Volltext:

[www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/sg/s\\_55\\_as\\_9238.12.htm](http://www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/sg/s_55_as_9238.12.htm)



Foto: Doris Hämmer

Teilzeitjobs und immer wieder prekäre Beschäftigungen. Der Hürdenlauf beim „Equal Pay Day 2012“ am Brandenburger Tor symbolisierte den schwierigen Weg zu guter Arbeit. DIE LINKE setzt sich ein für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, sowie für ein Ende geringfügiger Beschäftigung.

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

**DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.**

**Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Die aktuellen Beratungstermine finden Sie auf der Seite 4 dieser Zeitung**

**Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, [franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de](mailto:franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de)) gerne zur Verfügung.**

## Bildungs- und Teilhabepaket ein Bürokratiemonster?!

Seit dem 1. April vergangenen Jahres können, rückwirkend zum Januar 2011, für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien zusätzliche Leistungen gewährt werden.

Dazu zählen Lernförderung für Schülerinnen und Schüler, bei denen die Erreichung der wesentlichen Lernziele gefährdet sind und durch die Lernförderung die wesentlichen Lernziele voraussichtlich erreicht werden können. Die Schule muss den Bedarf schriftlich bestätigen.

Sinnvoller wären entsprechende Förderangebote an Schulen, die alle Schülerinnen und Schüler je nach individueller Problemlage erreichen und diskriminierungsfrei ausgestaltet werden können. Zudem sollte die Förderung frühzeitig ansetzen und nicht erst wenn die Versetzung gefährdet ist.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket werden bedürftige Familien stigmatisiert und ausgegrenzt, es wird ihnen pauschal unterstellt das Geld für Alkohol und Flachbildfernseher oder andere Dinge auszugeben. Auch beim Beantragen der ein-

zelnen Leistungen gibt es bürokratische Hürden zu überwinden und oft lange Wartezeiten bei den Behörden, die zudem noch personell schlecht ausgestattet sind.

Wie das Bundesverfassungsgericht bereits festgestellt hat, sollten für Kinder, die nach dem SGB II und XII anspruchsberechtigt sind, die Leistungen erhöht werden. Teilhabe am soziokulturellen Leben ist ein Grundrecht und in der Verfassung verankert und soll jedem stigmatisierungsfrei zur Verfügung stehen.

Erika Mourgues

## BVV-Einwohner-Fragestunde

Seit diesem Jahr besteht bei jeder BVV-Sitzung die Möglichkeit für Einwohner aus Neukölln zwei Fragen an das Bezirksamt zu stellen.

Die Fragen müssen schriftlich eingereicht werden und können dann persönlich in der BVV vorgelesen werden. Der zuständige Stadtrat muss dann dort antworten. Leider wird das bisher noch zu wenig genutzt. Die nächsten Sitzungen der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung sind am 23. Mai und am 15. Juni, jeweils um 17 Uhr.